

Abschiebeprobleme bei 16 Gefährdern in NRW lösen

Mit Blick auf Abschiebeprobleme bei islamistischen Gefährdern in NRW fordert der Kölner CDU-Abgeordnete, Karsten Möring, ein entschlossenes Vorgehen: „Diese Menschen stellen eine Gefahr für unser Gemeinwesen dar. Hier erwarte ich vom Auswärtigen Amt eine unmissverständliche Klarstellung gegenüber den Herkunftsländern der Gefährder.“ Medienberichten zufolge können diese Aktivisten aus diversen Gründen (u.a. fehlende Papiere) nicht abgeschoben werden. Darunter ein Jordanier, der drei Bombenanschläge auf Lokale in Düsseldorf und das jüdische Gemeindezentrum in Berlin geplant haben soll. Der verurteilte und in Köln lebende Gefährder konnte zunächst nicht abgeschoben werden weil ihm angeblich Folter drohe, nun fehlten ihm Papiere des Heimatlandes. Bei aller Unterstützung, die Deutschland Jor-

Ziele der Bundesregierung für den Wohnungsgipfel im Herbst

Deregulierung und Entbürokratisierung im Wohnungsbau sollen nach den Worten von Bundesbauminister Horst Seehofer (CSU) im Mittelpunkt des geplanten Wohnungsgipfels der Bundesregierung im Herbst stehen. Dafür sollen Konzepte erstellt werden, damit die Baukosten nicht explodierten, so Seehofer bei seinem Antrittsbesuch im Bauausschuss des Bundestages am Mittwoch. Er wolle zudem auch Fragen rund um die Erschließung von Bauland auf die Agenda setzen. Im Ministerium werde sich eine eigene Kommission unter Federführung des Parlamentarischen Staatssekretärs Marco Wanderwitz (CDU) um Bauland-Fragen kümmern.



Unterstützung für den baupolitischen Kurs der Bundesregierung: Karsten Möring MdB begrüßt vor Beginn der Ausschusssitzung Bundesbauminister Horst Seehofer und Bau-Staatssekretär Gunther Adler. (Bild: privat)

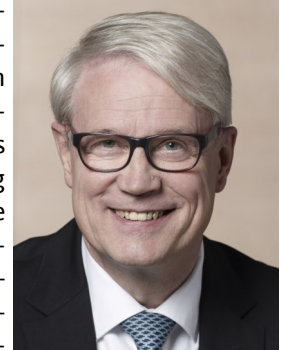
Seehofer bezeichnete Wohnungs- und Baupolitik erneut als „die soziale Frage unserer Zeit“. Er sicherte den Parlamentariern zu, Bauen, Mietpreisen und energetischer Sanierung gleichwertige Bedeutung zukommen zu lassen - inhaltlich wie auch finanziell. Wolle man die Vorhaben umsetzen, brauche man mehr Geldmittel.

Unterstützung bekommt er dabei von MdB Karsten Möring: „Wir erwarten vom Bundesfinanzminister, dass das Baukindergeld, so wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, schnell kommt. Wir wollen zum Sommer antragsfähig sein und im Herbst auszahlen. Nach der Entscheidung, dass der Bund die Kosten des Baukindergeldes alleine trägt, besteht nun

„Nachsteuerungsbedarf“. Die bedarfsgerechte Finanzierung des Baukindergeldes, die steuerliche Förderung des Wohnungsbaus und auch die energetische Gebäudesanierung, all dies steht bei der Verteilung zusätzlicher Steuereinnahmen ganz oben auf unserer Agenda“, so der Kölner CDU-Politiker. Als Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen wird Karsten Möring künftig für die Bereiche Stadtpolitik, Stadtentwicklung, Miet- und Wohnungspolitik zuständig sein.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

meine hochgeschätzte Vorgängerin im Kölner Bundestags-Wahlkreis ist seit Dienstag letzter Woche offiziell nordrheinwestfälische Umwelt- und Agrarministerin: Herzlichen Glückwunsch, liebe Ursula Heinen-Esser! Ein guter Tag für NRW und für die Stadt Köln! Ich freue mich, dass Ulla Heinen-Esser bereit ist, ihre vielfältige Erfahrung aus jahrzehntelanger bundespolitischer und internationaler Arbeit nun im Düsseldorfer Ministerium in den Dienst des Landes einzubringen. Sie ist eine Expertin mit jahrelanger Verwaltungserfahrung und Erfahrung in Umwelt- und Landwirtschaftspolitik. Ihre Arbeit hat über Parteigrenzen hinweg hohe Anerkennung gefunden.



Als Mitglied im Umweltausschuss des Bundestages freue ich mich natürlich auf eine gute Zusammenarbeit im Sinne von nachhaltigem Umwelt- und Naturschutz, guten Rahmenbedingungen für eine moderne Agrarwirtschaft und einen starken Verbraucherschutz. Volle Unterstützung erhält sie von mir auch bei ihrer verkehrspolitisch gut begründeten jüngsten Ablehnung von einzelnen Straßensperren für bestimmte Dieselfahrzeuge. Die Hamburger Maßnahmen können kein Vorbild für Köln sein.

Ich freue mich, dass sich Ursula Heinen-Esser jetzt mit ganzer Kraft für unser Bundesland engagiert und wünsche ihr für ihr neues Amt viel Erfolg, Kraft und Gottes Segen.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



Datenschutz: Rechtssicherheit hat Priorität

Im Zusammenhang mit der EU-Datenschutzgrundverordnung besteht auf vielen Seiten auch in NRW die Sorge vor professionell betriebenen Abmahnverfahren. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring hat die zuständige Bundesjustizministerin Katharina Barley (SPD) aufgefordert, eine schnelle gesetzliche Regelung zu finden. „Die Verunsicherung und die Angst vor Abmahnwellen bei ehrenamtlich Tätigen, bei Vereinen und kleineren Unternehmen auch in Köln ist groß, sie brauchen jetzt unsere Unterstützung. Für mich ist klar, dass es keine Massenabmahnungen gegen Ehrenamtliche, Selbständige und kleine Vereine wegen vermeintlicher Verstöße gegen die Datenschutzgrundverordnung geben darf. Im Koalitionsvertrag haben wir uns vorgenommen, den Missbrauch des Abmahnrechts zu verhindern. Wir werden wirtschaftliche Anreize für unseriöse Abmahnungen reduzieren“, so MdB Möring. Es sei geplant, Abmahngebühren vorübergehend auszusetzen. Dadurch entfalle der wirtschaftliche Anreiz für Kanzleien und Vereine, und die Unternehmen hätten genügend Zeit, die neuen Anforderungen umzusetzen.

Meinungsaustausch mit NRW-Wohnungswirtschaft



Alexander Rychter, Verbandsdirektor des VdW Rheinland Westfalen, und CDU-MdB Karsten Möring, Mitglied im Bundestagsbauausschuss, haben sich in Berlin zu einem Meinungsaustausch über aktuelle wohnungspolitische Fragen getroffen. Etwa jeder fünfte Mieter in NRW lebt in den Wohnungsbeständen der Mitgliedsunternehmen des Verbands der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen, die über eine Million Wohnungen in NRW bewirtschaften. „Die Menschen brauchen preisgünstigen Wohnraum. Das geht nur mit mehr Mietwohnungen, mehr Eigenheimen und mehr Eigentumswohnungen. Eine rasche Umsetzung aller Maßnahmen ist gefragt, damit die Bürger in NRW zügig davon profitieren“, so Karsten Möring. (Bild: privat)

Änderung des Atomgesetzes beraten

Als Deutschland 2011 endgültig aus der Kernenergie ausgestiegen ist und die Restlaufzeiten der Kernkraftwerke festgelegt hat, konnten einige Energieunternehmen ihre geplanten Strommengen nicht mehr erzeugen. Sie klagten und erreichten beim Bundesverfassungsgericht einen Anspruch auf „angemessenen Ausgleich“. Das Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes setzt diesen Anspruch um. Am vergangenen Freitag hat MdB Karsten Möring als zuständiger Berichterstatter dieses Gesetz für die CDU/CSU-Fraktion in den Bundestag eingebracht.



MdB Karsten Möring in der Bundestagsdebatte zum Atomgesetz. Bereits kommende Woche wird der Unterausschuss in einer zweistündigen Sachverständigenanhörung den Gesetzentwurf weiter beraten. (Bild: privat)

Das Gesetz soll den Ausgleich für die betroffenen Energieversorger regeln. Bevor nicht nutzbare Produktionsmengen in Geld entschädigt werden, verlangt das Gesetz allerdings vom Betreiber, sich ernsthaft und nachweisbar um den Verkauf dieser Strommengen an andere Kernenergiestromerzeuger zu bemühen, die noch freie Kapazitäten haben. Andernfalls können sie spätere Ausgleichsansprüche nicht geltend machen.

Trotz der zu erwartenden Ablehnung der geplanten Regelung durch einen betroffenen Stromerzeuger, die Firma Vattenfall, haben mir die beteiligten Bundesministerien mitgeteilt, dass mit diesem Gesetz das Urteil des Verfassungsgerichts korrekt umgesetzt wird. „Ich schließe mich dieser Einschätzung an“,

Impressum:

Ausgabe Nr. 12 der 19. Wahlperiode

8. Juni 2018

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter

